



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Bundesressorts
Länder
Kommunale Spitzenverbände
gem. E-Mail-Verteiler

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-5906

bearbeitet von:
ORR Schwerdtfeger

IB6

simon.schwerdtfeger@bmwk.bun
d.de

www.bmwk.de

**Betreff: Erste Informationen zur Anwendung der Russland-Sanktionen
im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen vom
8. April 2022**

Bezug: 5. Sanktionspaket; Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576

Aktenzeichen: 20601/000#1

Anlagen: Muster-Eigenerklärung; Übersicht über Anwendung der
Sanktionen über die Vergabe-Richtlinien hinaus (betr.

Ausnahmetatbestände)

Berlin, 14.04.2022

Seite 1 von 5

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung
(EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung
(EU) Nr. 833/2014 (nachfolgend: Sanktions-VO) über restriktive
Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der
Ukraine destabilisieren, wurden seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs
gegen die Ukraine erstmals auch Sanktionen erlassen, die die Vergabe und
die Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der
EU-Schwellenwerte nach § 106 GWB unmittelbar und ohne weitere
nationale Umsetzungsrechtsakte betreffen.

Das vorliegende Rundschreiben gibt einen ersten und vorläufigen
Überblick über Reichweite und Anwendung des Zuschlags- und
Vertragserfüllungsverbots in Art. 5k Sanktions-VO. Damit soll dem
Bedürfnis einer möglichst praxisnahen und einheitlichen Anwendung der
Sanktionen in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen
werden.



Seite 2 von 5

Dieses Rundschreiben dient ausschließlich Informationszwecken und steht unter dem Vorbehalt einer anderslautenden Auslegung der einschlägigen EU-Verordnungen durch den Gerichtshof der Europäischen Union. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wird die Auslegungshinweise fortlaufend auf seiner Website und bei Bedarf ggf. durch weitere Rundschreiben aktualisieren und ergänzen.

1. Gegenstand der Sanktionen im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen

Gegenstand der Sanktionen im Bereich der öffentlichen Aufträge und Konzessionen sind

- einerseits ein **seit dem 09.04.2022** geltendes **Zuschlagsverbot** für noch nicht abgeschlossene Vergabeverfahren;
- andererseits das **Verbot**, bereits vor dem 09.04.2022 **vergebene Aufträge und Konzessionen ab dem 11.10.2022 weiter zu erfüllen (Vertragserfüllungsverbot)**,

soweit Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten oder mittelbar, mit mehr als 10 % gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises an dem in Rede stehenden Auftrag beteiligt sind.

Ein **Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift** besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.



Seite 3 von 5

Unter Berücksichtigung der Regelungssystematik der Sanktions-VO besteht der Russland-Bezug iSd Vorschrift auch dann, wenn die betroffene Person **neben der russischen Staatsangehörigkeit eine weitere Staatsangehörigkeit** (einschl. einer EU-Staatsangehörigkeit) innehat (siehe etwa Umkehrschluss aus Art. 5b Sanktions-VO).

2. Anwendungsbereich

Die Verbotstatbestände nach der Sanktions-VO betreffen öffentliche Aufträge und Konzessionen **ab Erreichen der EU-Schwellenwerte** nach § 106 GWB. Für den Bereich unterhalb der EU-Schwellenwerte ergeben sich aus Art. 5k Sanktions-VO unmittelbar keine Besonderheiten. Für Auftraggeber, die das GWB-Vergaberecht im konkreten Fall ausschließlich kraft Zuwendungsbescheids anzuwenden haben, gilt Art. 5k Sanktions-VO nicht unmittelbar.

Über den Anwendungsbereich der EU-Vergaberichtlinien hinaus betrifft das Verbot auch bestimmte, in den EU-Vergaberichtlinien enthaltene Ausnahmetatbestände, für die kein Vergabeverfahren nach dem GWB-Vergaberecht durchzuführen ist. Auch in diesem Fall sind grundsätzlich jeweils nur Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der EU-Schwellenwerte von den Sanktionen betroffen. Details dazu können Sie der Übersicht in der [Anlage](#) entnehmen.

Alle Beschaffungsvorgänge, die unter die sonstigen (d.h. in der Vorschrift nicht genannten) Ausnahmetatbestände fallen, werden von den EU-Sanktionen nicht erfasst (z.B. § 137 Nr. 8 GWB).

3. Reichweite des Verbots

Das Verbot betrifft Personen und Unternehmen, die sich als Bewerber oder Bieter **unmittelbar an einem Vergabeverfahren** beteiligen bzw. **unmittelbarer Auftragnehmer** sind.

Daneben sind auch **mittelbar an der Auftragsausführung** beteiligte Personen und Unternehmen von dem Zuschlags- bzw. Vertragserfüllungsverbot erfasst, soweit auf diese **mehr als 10% des Auftragswertes** entfällt. Das betrifft:



Seite 4 von 5

- Unterauftragnehmer
- Lieferanten
- Unternehmen, deren Kapazitäten im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch genommen werden.

Vertragserfüllungsverbot: Im Hinblick auf bereits geschlossene Verträge ist seitens des Auftraggebers Folgendes zu beachten:

- Fällt der Auftragnehmer wegen seines Bezugs zu Russland selbst unmittelbar unter die Sanktion, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu beenden.
- Sind lediglich Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch genommen werden, wegen ihres Bezugs zu Russland von der Sanktion erfasst, ist der Auftragnehmer zu verpflichten, die Geschäftsbeziehung im Zusammenhang mit der Erfüllung des Auftrags zum 10. Oktober 2022 zu beenden. Andernfalls ist der Vertrag mit dem Auftragnehmer zu kündigen (s.o.).
- Im Hinblick auf Schadensersatzansprüche im Zusammenhang mit der Beendigung von Vertragsverhältnissen ist insb. Art. 11 Sanktions-VO zu beachten, mit dem eine Schadensersatzpflicht EU-rechtlich unmittelbar ausgeschlossen wird, soweit der Anspruch von den in Art. 11 Abs. 1 Sanktions-VO genannten Personen oder Unternehmen geltend gemacht wird.

In beiden Varianten des Verbots besteht **kein Ermessenspielraum** des Auftraggebers.

4. Erbringung von Nachweisen im Vergabeverfahren

Noch nicht abgeschlossene Vergabeverfahren: Für Vergabeverfahren ab Erreichen der EU-Schwellenwerte stellen wir das **in der Anlage beigefügte Muster einer Eigenerklärung** zur Vorlage durch Bewerber und Bieter bzw. sämtliche Mitglieder einer Bietergemeinschaft zur Verfügung.



Seite 5 von 5

Angebote von Unternehmen, die eine entsprechende Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (siehe insb. § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV).

5. Genehmigung von Ausnahmen

Die Einholung von Genehmigungen für Ausnahmen vom Verbot nach Art. 5k Abs. 2 Sanktions-VO obliegt grundsätzlich dem jeweiligen Auftraggeber.

Die zuständige Stelle für die Erteilung von Ausnahmen wird kurzfristig durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bekannt gegeben.

6. Ergänzende Informationen

Neben dem Informationsangebot auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz stellt die Europäische Kommission fortlaufend aktualisierte Informationen zu den EU-Russland-Sanktionen auf ihrer Website zur Verfügung, die schrittweise ergänzt werden:

- Informationen rund um das 5. Sanktionspaket sind unter folgendem Link abrufbar:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_22_2333
- Die Europäische Kommission hat außerdem eine E-Mail-Adresse zur Beantwortung von Fragen zu den Sanktionen eingerichtet:
ec-russia-sanctions@ec.europa.eu

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

gez. Dr. Konrad von Hoff

- ANLAGE zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 -**Übersicht über den Anwendungsbereich von Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576 vom 08.04.2022, soweit Ausnahmen von den Vergabe-Richtlinien betroffen sind**

Hinweis: Die nachfolgende Übersicht dient allein der Orientierung und soll zur leichteren Lesbarkeit der Vorgaben nach Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576 für Auftraggeber in der Bundesrepublik Deutschland beitragen. Rechtlich maßgeblich sind allein der EU-Verordnungstext sowie der Zuschnitt der jeweiligen Ausnahmetatbestände nach den EU-Vergabe-Richtlinien (rechte Spalte). Hier können sich im Einzelfall Abweichungen ergeben.

Norm im GWB	Kurzbezeichnung der Ausnahme	Maßgebliche Bezugsnormen in den EU-Vergabe-Richtlinien
Allgemeine Ausnahmen nach § 107 GWB		
§ 107 Abs. 1 Nr. 1 GWB	Schieds- und Schlichtungsleistungen	Art. 10 Abs. 8 lit. c der Richtlinie 2014/23/EU, Art. 10 lit. c der Richtlinie 2014/24/EU, Art. 21 lit. b der Richtlinie 2014/25/EU, Art. 13 lit. g der Richtlinie 2009/81/EG
§ 107 Abs. 1 Nr. 2 GWB <u>nur</u> im Anwendungsbereich der Richtlinie 2014/23/EU	Grundstücks- und Immobilienverträge (Konzessionen)	Art. 10 Abs. 8 lit. a der Richtlinie 2014/23/EU
§ 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB	Bestimmte von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbrachte Dienstleistungen des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes, der Gefahrenabwehr	Art. 10 Abs. 8 lit. g der Richtlinie 2014/23/EU, Art. 10 lit. h der Richtlinie 2014/24/EU, Art. 21 lit. h der Richtlinie 2014/25/EU
§ 107 Abs. 2 Nr. 1 GWB	Aufträge und Konzessionen, die wesentliche Sicherheitsinteressen iSd Art. 346 Abs. 1 AEUV betreffen	Art. 13 lit. a der Richtlinie 2009/81/EG
Besondere Ausnahmen nach § 116 GWB: öffentliche Auftraggeber		
§ 116 Abs. 1 Nr. 1 GWB	Ausnahme bestimmter Rechtsdienstleistungen	Art. 10 lit. d der Richtlinie 2014/24/EU

§ 116 Abs. 1 Nr. 3 GWB	Audiovisuelle Mediendienste und Hörfunkmediendienste	Art. 10 lit. b der Richtlinie 2014/24/EU
§ 116 Abs. 1 Nr. 4 GWB	Finanzielle Dienstleistungen	Art. 10 lit. e der Richtlinie 2014/24/EU
§ 116 Abs. 1 Nr. 5 GWB	Kredite und Darlehen	Art. 10 lit. f der Richtlinie 2014/24/EU
§ 116 Abs. 2 GWB	Kommunikationsnetze	Art. 8 der Richtlinie 2014/24/EU
Besondere Ausnahmen nach §§ 137-139 GWB: Sektorenauftraggeber		
§ 137 Abs. 1 Nr. 1 GWB	Ausnahme bestimmter Rechtsdienstleistungen	Art. 21 lit. c der Richtlinie 2014/25/EU
§ 137 Abs. 1 Nr. 3 GWB	Audiovisuelle Mediendienste und Hörfunkmediendienste	Art. 21 lit. i der Richtlinie 2014/25/EU
§ 137 Abs. 1 Nr. 4 GWB	Finanzielle Dienstleistungen	Art. 21 lit. d der Richtlinie 2014/25/EU
§ 137 Abs. 1 Nr. 5 GWB	Kredite und Darlehen	Art. 21 lit. e der Richtlinie 2014/25/EU
§ 137 Abs. 1 Nr. 9 GWB	Zum Zwecke der Weiterveräußerung oder der Vermietung an Dritte vergebene Aufträge	Art. 18 der Richtlinie 2014/25/EU
§ 138 GWB	Vergabe an verbundene Unternehmen	Art. 29 der Richtlinie 2014/25/EU
§ 139 GWB	Vergabe durch oder an ein Gemeinschaftsunternehmen	Art. 30 der Richtlinie 2014/25/EU
Besondere Ausnahmen nach § 145 GWB: Vergabe von verteidigungs- oder sicherheitsspezifischen öffentlichen Aufträgen		
§ 145 Nr. 1 GWB	Aufträge für nachrichtendienstliche Tätigkeit	Art. 13 lit. b der Richtlinie 2009/81/EG
§ 145 Nr. 2 GWB	Aufträge im Rahmen eines auf Forschung und Entwicklung beruhenden Kooperationsprogramms	Art. 13 lit. c der Richtlinie 2009/81/EG
§ 145 Nr. 3 GWB	Aufträge im Rahmen von Truppeneinsätzen in einem Drittland an im Einsatzgebiet ansässige Unternehmen	Art. 13 lit. d der Richtlinie 2009/81/EG

§ 145 Nr. 5 GWB	Finanzdienstleistungen mit Ausnahme von Versicherungsdienstleistungen	Art. 13 lit. h der Richtlinie 2009/81/EG
§ 145 Nr. 6 GWB	Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen	Art. 13 lit. j der Richtlinie 2009/81/EG
Besondere Ausnahmen nach §§ 149- 154 GWB: Vergabe von Konzessionen		
§ 149 Nr. 1 GWB	Ausnahme bestimmter Rechtsdienstleistungen	Art. 10 Abs. 8 lit. d der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 3 GWB	Audiovisuelle Mediendienste und Hörfunkmediendienste	Art. 10 Abs. 8 lit. b der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 4 GWB	Finanzielle Dienstleistungen	Art. 10 Abs. 8 lit. e der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 5 GWB	Kredite und Darlehen	Art. 10 Abs. 8 lit. f der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 7 GWB	Dienstleistungskonzessionen im Zusammenhang mit einem ausschließlichen Recht	Art. 10 Abs. 1 der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 8 GWB	Kommunikationsnetze und Kommunikationsdienste	Art. 11 der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 9 GWB	Bereich Wasser	Art. 12 der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 10 GWB	Konzessionen zu Lotteriedienstleistungen	Art. 10 Abs. 9 der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 11 GWB	Konzessionen zur Durchführung von Tätigkeiten in Drittstaaten	Art. 10 Abs. 10 der Richtlinie 2014/23/EU
§ 149 Nr. 12 GWB	Konzessionen im Bereich der Luftverkehrsdienste oder der Beförderung nach dem Personenbeförderungsgesetzes	Art. 10 Abs. 3 der Richtlinie 2014/23/EU
§ 150 Nr. 1 GWB	Konzessionen, die wesentliche Sicherheitsinteressen betreffen	Art. 10 Abs. 6 lit. a der Richtlinie 2014/23/EU
§ 150 Nr. 2 GWB	Konzessionen im Rahmen eines auf Forschung und Entwicklung beruhenden Kooperationsprogramms	Art. 10 Abs. 6 lit. b der Richtlinie 2014/23/EU
§ 150 Nr. 3 GWB	Konzessionen für Bau- und Dienstleistungen im unmittelbaren Zusammenhang u.a. mit Militärausrüstung oder speziell für militärische Zwecke	Art. 10 Abs. 6 lit. c der Richtlinie 2014/23/EU

§ 150 Nr. 4 GWB	Konzessionen im Rahmen von Truppeneinsätzen in einem Drittland an im Einsatzgebiet ansässige Unternehmen	Art. 10 Abs. 6 lit. d der Richtlinie 2014/23/EU
§ 150 Nr. 5 GWB	Durch andere Ausnahmegesetze erfasst	Art. 10 Abs. 6 lit. e der Richtlinie 2014/23/EU
§ 154 Nr. 5 i.V.m. § 138 GWB	Konzessionsvergabe an verbundene Unternehmen	Art. 13 der Richtlinie 2014/23/EU
§ 154 Nr. 6 i.V.m. § 139 GWB	Konzessionsvergabe durch oder an ein Gemeinschaftsunternehmen	Art. 14 der Richtlinie 2014/23/EU
Sonstiges		
§ 131 GWB / Verordnung (EG) Nr. 1370/2007	öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene oder per Untergrundbahn	Art. 10 lit. i der Richtlinie 2014/24/EU Art. 21 lit. g der Richtlinie 2014/25/EU
-	Bestimmte Ausnahmen für öffentliche Auftraggeber, die eine Sektorentätigkeit ausüben	Art. 7 der Richtlinie 2014/24/EU
-	Dienstleistungen im Rahmen politischer Kampagnen	Art. 10 Abs. 8 lit. h der Richtlinie 2014/23/EU Art. 10 lit. j der Richtlinie 2014/24/EU

- Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 -

Eigenerklärung

(von allen Bewerbern/ Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

Geschäftszeichen des Auftraggebers:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/ Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k**) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

_____, den _____

Unterschriften

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Inbetriebnahme ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisen aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.